



Wissenschaft Die Anti-Atom-Bewegung hat viele ihrer Forderungen durchgesetzt. Der Atomausstieg ist beschlossen. Mit der Verabschiedung des Standort-suchgesetzes (StandAG) wurde die Endlagersuche neu eröffnet. Auch ein Nationales Begleitgremium hat sich konstituiert, das den Suchprozess kritisch begleiten soll. Doch von einer Befriedung des Atomkonflikts kann keine Rede sein. Bürgerinitiativen und die meisten Umweltverbände beteiligen sich nicht an dem Verfahren. Sie lehnen das Stand-AG, das ja von den politischen Parteien quasi im Hinterzimmer ausgehandelt wurde, geschlossen ab. In der jahrzehntelangen Auseinandersetzung um die Atomenergie und die Suche nach einem Endlager – Beispiel Gorleben oder Asse – hat der Staat bei der Bevölkerung jegliches Vertrauen verspielt. Die Atomkraftgegner wollen nicht in die Alibi-Falle tappen. Sie wollen sich nicht vereinnahmen lassen in einem Auswahlprozess, auf dessen Ergebnis sie keine realen Einflussmöglichkeiten haben. Zuerst müssten die Fehler der vergangenen vierzig Jahre klar benannt und historisch aufgearbeitet werden. Das sei die Vorbedingung für einen glaubwürdigen Neuanfang. **Gabi Haas** berichtet

“ Die Sicherung des historischen Materials zu Gorleben, Konrad oder der Asse ist von fundamentaler Bedeutung

Wie könnte eine solche Aufarbeitung der Vergangenheit genau aussehen? Wer arbeitet was mit welchen Methoden auf? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine „demokratische Atompolitik“? Diese Fragen wurden im November letzten Jahres auf einer Tagung des Forschungszentrums für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin diskutiert.

Die Teilnehmer waren vor allem Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die sich schon lange mit der Entsorgungsproblematik befassen, sowie Akteure der Anti-Atom-Bewegung, überwiegend aus dem Gorleben-Widerstand. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht war dabei, der Politikwissenschaftler Lutz Mez, der Endlagerexperte Peter Hocke vom Karlsruher Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) und andere bekannte Vertreter ihrer Zunft. Auch einige Politiker wie der SPD-Umweltexperte Michael Müller oder Sylvia Kotting-Uhl, die atompolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, ließen sich vorübergehend blicken. Gemeinsam wollte man – wie es in der Einladung hieß – über „die Themenfelder und Formen der inhaltlichen Auseinandersetzung“ diskutieren, die zu einer „Vergangenheitsbewältigung“ beitragen könnten.

Vergangenheitsbewältigung. Dass Umweltbewegung und Wissenschaft unter diesem Begriff nicht unbedingt dasselbe verstehen, wurde in der Debatte schnell klar. „Unrecht benennen, Unrecht beenden und dann die Fehler gemeinsam analysieren“, so fasste eine Teilnehmerin aus dem Wendland zusammen, was die Atomgegner und Standortinitiativen ja schon lange vertreten.

Sie fordern: Um das Misstrauen in der Bevölkerung abzubauen, wäre ein starkes Signal notwendig – zum Beispiel Gorleben als Standort auszuschließen, zumindest aber sich zu den vielen Lügen, Trickereien und Rechtsbrüchen auf dem Feld der Atomenergie öffentlich zu bekennen. Die Rechtsanwältin Ulrike Donat erklärte: „Die tiefen Gräben haben eine Geschichte, die wissenschaftlich beleuchtet werden muss, um diese Gräben zu überwinden.“ Der Lüchow-Dannenberg-Pastor Eckhard Kruse stellte fest: „Eine gemeinsame Aufarbeitung ist nur möglich, wenn es einen echten Neuanfang gibt.“ Und ein Mitstreiter verwies in der Arbeitsgruppe Wissenschaft auf einen weiteren Aspekt: „Solange sich nicht auch die wissenschaftliche Community von den Fehlern der Vergangenheit distanziert, ist es schwierig, Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.“ Eine Äußerung, auf die die Forscher



„Von der Bombe zum Behördenhandeln“

Netzwerk Nukleares Gedächtnis (NeNuG) will Vergangenheit aufarbeiten

in der Runde mit Skepsis und Zurückhaltung reagierten. Etwa die Atomexpertin Beate Kallenbach-Herbert vom Darmstädter Öko-Institut, die sagte: „Ich kann mir nicht vorstellen, wie so eine Distanzierung aussehen soll. Und ich glaube auch nicht, dass uns das weiterbringt.“ Matthias Koller vom Umweltbundesamt pflichtete ihr bei: „Man sollte lieber in die Zukunft schauen, beispielsweise moderne Modelle von Peer Reviews entwickeln, um in der wissenschaftlichen Arbeit die Qualitätssicherung zu verbessern.“

Das Projekt „Aufarbeitung der Vergangenheit“ steht im Konflikt der unterschiedlichen Interessen und Perspektiven, die sich gegenseitig aber nicht ausschließen, sondern sogar befruchten können. Auf der einen Seite sind da die Initiativen aus den betroffenen Standortregionen, für die es mit Blick auf die Endlagersuche vor allem um die Vertrauensfrage und die Wiederherstellung von Glaubwürdigkeit geht. Voraussetzung dafür ist aber, dass man das über Jahrzehnte währende Versagen der staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen schonungslos offenlegt. Dagegen geht es den beteiligten Naturwissenschaftlern, Historikern oder Politologen vorrangig um die Frage nach dem Zustand der eigenen Profession – dem Selbst-

verständnis der Wissenschaft im Spannungsfeld zwischen sozialen Bewegungen und ihren Auftraggebern aus Wirtschaft und Politik. Wie steht es um ihre Fähigkeit zur Selbstreflexion? Welche systematischen Fehler in der Vergangenheit müssen aufgedeckt werden, um sie in Zukunft zu vermeiden?

Vor allem um diese Fragen kreiste immer wieder die Diskussion: Was braucht der wissenschaftliche Nachwuchs, um die kommenden Probleme mit dem Atom Müll zu bewältigen? Welche Form der Aufklärung hilft den Betroffenen und Entscheidungsträgern von morgen? Wie organisiert man den Wissenstransfer an die nachfolgenden Generationen? Wie vermittelt man jenes „Orientierungswissen“, das das nötige Grundverständnis für die heutige Organisationslandschaft möglich macht?

Auch konkrete Politikfelder wurden genannt, die es gilt historisch aufzuarbeiten und die eine breite Themenpalette umfassen. „Von der Bombe bis zum Behördenhandeln“, wie eine Teilnehmerin flapsig bemerkte. Nach zwei Tagen intensiver Debatten hatte man sich soweit angenähert, dass eine gemeinsame offene Plattform gegründet wurde, um den Prozess der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ im Atomkonflikt zumindest auf wissenschaftlicher Ebene stärker vor-

Lügen und Trickserien von Politikern und Behörden hat es an Atomstandorten immer wieder gegeben. Die Folge: Vertrauensverlust in der Bevölkerung und große Demonstrationen – wie hier im August 1983 nahe Dragahn im Wendland.

ranzutreiben. Das „Netzwerk Nukleares Gedächtnis“ (NeNuG) hat sich bereits einiges vorgenommen: die Erarbeitung eines systematisierten Zeitstrahls des gescheiterten Prozesses, das Ausloten von Finanzierungsmöglichkeiten für neue Forschungsprojekte und vor allem die Sicherung und Qualifizierung der Bewegungsarchive. Denn in diesem Punkt waren sich alle einig: Nicht nur im Gorleben Archiv, sondern auch zu Schacht Konrad oder der Asse gibt es massenhaft Material. Und für das Projekt Vergangenheitsbewältigung ist es von fundamentaler Bedeutung, dass diese Bestände gesichert werden.



Gabi Haas ist freie Journalistin, Filmemacherin und Regisseurin. Ihre Schwerpunkte sind Energie- und Umweltpolitik sowie Medizin und medizinethische Themen.